

I Erläuterungen

Voraussetzungen gemäß KCGO und Abiturerlass in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung

Standardbezug

Die nachfolgend genannten Kompetenzbereiche und Einzelstandards sind für die Bearbeitung dieses Vorschlags besonders bedeutsam.

Analysekompetenz

- den Untersuchungsgegenstand differenziert wahrnehmen und fachsprachlich korrekt beschreiben (A1)
- Sinnvorstellungen als solche erkennen und beschreiben (A7)

Urteilskompetenz

- konkurrierende politische und ökonomische Lösungsansätze und ihre Instrumente erläutern (U1)
- eigene Entscheidungen argumentativ begründen (U5)

Darüber hinaus können weitere, hier nicht explizit benannte Einzelstandards für die Bearbeitung des Vorschlags nachrangig bedeutsam sein, zumal die Kompetenzbereiche in engem Bezug zueinander stehen. Die Operationalisierung des Standardbezugs erfolgt in Abschnitt II.

Inhaltlicher Bezug

Der Vorschlag bezieht sich auf das Themenfeld *Konjunkturanalyse und Konjunkturpolitik – Herausforderungen prozessorientierter Wirtschaftspolitik* (Q2.1), insbesondere auf das Stichwort *Grundlagen der keynesianischen stabilisierungspolitischen Konzeption (insbesondere Krisenanalyse, Bedeutung der effektiven Gesamtnachfrage, Rolle des Staates, Multiplikatoreffekt)*.

Der kursübergreifende Bezug richtet sich auf das Themenfeld *Strukturwandel der Weltwirtschaft als Herausforderung ökonomischer Globalisierung* (Q3.2), insbesondere auf das Stichwort *Globalisierung von Unternehmen und Produktionsprozessen (Veränderungen internationaler Arbeitsteilung, Standortfaktoren und Standortwettbewerb)*.

II Lösungshinweise

In den nachfolgenden Lösungshinweisen sind alle wesentlichen Gesichtspunkte, die bei der Bearbeitung der einzelnen Aufgaben zu berücksichtigen sind, konkret genannt und diejenigen Lösungswege aufgezeigt, welche die Prüflinge erfahrungsgemäß einschlagen werden. Lösungswege, die von den vorgegebenen abweichen, aber als gleichwertig betrachtet werden können, sind ebenso zu akzeptieren.

Aufgabe 1

In einer Einleitung sollen Autoren, Titel, Textsorte, Erscheinungsjahr, das Thema und ggf. der Adressat genannt werden: In dem Kommentar „Angebotsorientierte Finanzpolitik heißt das Gebot der Stunde“ von Lars Feld, Christoph Schmidt und Volker Wieland, erschienen auf faz.net am 09.12.2022, propagieren sie eine strikte Angebotspolitik.

- Sie konstatieren, dass sich die deutsche Wirtschaft in einer Phase von hoher Inflation und niedrigem Wachstum befinde.
- Als Ursachen machen sie einerseits die Corona-Pandemie und andererseits den Angriff Russlands auf die Ukraine aus.
- Aufgrund der Corona-Pandemie sei die Nachfrage ausgeblieben und habe einen Einbruch der Angebotsseite ausgelöst. Staatliche Unterstützungsmaßnahmen seien aufgrund von Lieferkettenproblemen jedoch fehlgeschlagen. Infolge der Lieferschwierigkeiten habe sich die Inflation erhöht. Dazu habe auch die Energiekrise beigetragen, die eine Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sei.

- Diese beiden Faktoren trafen die Wirtschaft in Zeiten des Strukturwandels. Die Aufgaben der Klimaneutralität und Digitalisierung einhergehend mit einem Arbeitskräftemangel bewirkten hohe Kosten für die Unternehmen.
- Der Stagflation lasse sich durch Bekämpfung der Inflation mithilfe einer restriktiven Geldpolitik von Seiten der Europäischen Zentralbank begegnen. Dadurch werde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gesenkt und das Ziel der Preisniveaustabilität erreicht.
- Die Fiskalpolitik dürfe nur punktuell eingreifen, daneben solle das gesamtwirtschaftliche Angebot erhöht und nicht verringert werden.
- Die Autoren konstatieren, dass die deutsche Wirtschaft von der internationalen Wertschöpfungskette abhängig sei, daher fordern sie die Ratifizierung des Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten und einen Abbau hemmender Vorschriften.
- Die Finanzpolitik solle dafür sorgen, den Standort Deutschland attraktiv zu gestalten, dies beziehe sich einerseits auf die zu hohe Besteuerung der Arbeitseinkommen und andererseits auf die zu hohen Unternehmenssteuern.
- Die Staatsschuldenquote sei niedriger als 2010 und die Konsolidierung sei somit ohne Steuererhöhungen möglich.

Aufgabe 2

Die Gegenüberstellung soll kriteriengeleitet erfolgen und z.B. die Grundannahme, die Rolle des Staates, die Maßnahmen/Instrumente und die Zielsetzung berücksichtigen.

Auf folgende Aspekte der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik kann z.B. eingegangen werden:

- Zu den Grundannahmen einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zählen das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes und eine daraus resultierende passive Rolle des Staates. Dieser soll nur die Rahmenbedingungen für die Unternehmen verbessern und nicht direkt in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen (Ordnungs- statt Prozesspolitik).
- Der Staat soll sich generell aus dem wirtschaftlichen Geschehen heraushalten, da nach dem Say'schen Theorem das Angebot sich selber die Nachfrage schafft. Einzig die Rahmenbedingungen sollen vom Staat gesetzt werden.
- In Krisenzeiten ist es die Aufgabe des Staates, die Produktionsbedingungen für die Unternehmen zu erleichtern.
- Der Staatshaushalt soll ausgeglichen sein, die Staatsquote gering.
- Die Sozialversicherungen stellen nur eine Mindestabsicherung bereit. Die private Vorsorge soll ausgeweitet werden.
- Als Maßnahmen kann der Staat die gesetzlichen Bestimmungen, die den Handlungsspielraum von Unternehmen einschränken und die Investitionsbereitschaft mindern, deregulieren und abbauen. Unternehmen sollten demnach die größtmögliche Handlungsfreiheit erhalten. Abgebaut werden sollten verschiedenen Auflagen zum Arbeitsschutz, Kündigungsschutz sowie Umweltauflagen. Das fördert die Investitionsbereitschaft und führt so zu mehr Wachstum und Arbeitsplätzen.
- Löhne sollten flexibel und abhängig von der Produktivität sein. Mindestlöhne und Tariflöhne schränken die Handlungsfreiheit der Unternehmen ein und könnten zu mehr Arbeitslosigkeit führen.
- Im Außenhandel wird der Abbau von Handelshemmnissen angestrebt, da der Freihandel weltweit für mehr Wohlstand sorgt.
- Die Geldpolitik hat das Ziel einer Preisniveaustabilität und soll keine Konjunkturimpulse geben.
- Die Hauptziele sind das mittelfristige gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht und die Stärkung der internationalen Wettbewerbsposition durch Senkung der Produktionskosten.

Auf folgende Aspekte der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik kann z.B. eingegangen werden:

- Zu den Grundannahmen einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik gehören die Abhängigkeit der Beschäftigung vom Niveau der gesamtwirtschaftlichen Produktion und somit die Abhängigkeit des Niveaus der gesamtwirtschaftlichen Produktion von der Höhe der gesamtwirtschaftlichen

Nachfrage. Als Ursache für Arbeitslosigkeit wird der Rückgang der Produktion aufgrund des Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage erkannt. Daher muss der Staat die Nachfrage erhöhen bzw. steuern und in den Markt aktiv eingreifen.

- Der Staat soll besonders in Krisenzeiten eingreifen (antizyklisches Eingreifen) und die Nachfrage durch staatliche Investitionen und Konjunkturprogramme künstlich beleben.
- Eine zusätzliche Kreditaufnahme (Deficit spending) des Staates in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit führt zu Investitionen und zunehmender Beschäftigung, diese wiederum über Multiplikatoreffekte zu einer Belebung der Gesamtwirtschaft. Danach soll der Staat seine Aktivitäten einschränken und Kredite zurückzahlen. Eine mögliche höhere Inflationsrate wird hingenommen.
- Unternehmen sollen in einer regelbasierten Ordnung eingebunden sein und die Arbeitnehmer einen stärkeren Schutz als bei der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik erhalten. Die Steuerpolitik des Staates ist ein Instrument der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik. Bei einer expansiven Fiskalpolitik können Sozialleistungen erhöht werden und einzelne Steuern wie z.B. die Mehrwertsteuer gesenkt werden. In einer Boom-Phase können durch eine restriktive Fiskalpolitik die Staatsausgaben gesenkt oder die Einnahmen erhöht werden.
- Der Staat soll Konjunkturimpulse geben und die Bürgerinnen und Bürger unterstützen.
- Gerade ein Mindestlohn ermöglicht z.B. eine gesamtwirtschaftliche Nachfrage, die die Wirtschaft stützt. Eine staatliche Subvention eines „zweiten Arbeitsmarktes“ ist möglich.
- Dem geforderten Abbau von Handelshemmnissen steht die Befürchtung entgegen, dass aufgrund des angeglichen Standards die hohen Umweltauflagen und Arbeitnehmerrechte herabgesenkt werden.
- Das Hauptziel ist das kurzfristige gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht.

Aufgabe 3

Zu Beginn kann der Begriff „Standortfaktor“ definiert werden. Standortfaktoren sind in der Marktstrategie wesentliche Kriterien, die bei der Entscheidung über einen Unternehmensstandort oder über die Eröffnung von Filialen oder Niederlassungen von Bedeutung sind. Dabei kann zwischen weichen und harten Standortfaktoren unterschieden werden.

Folgende Standortfaktoren, die für Deutschland als Wirtschaftsstandort sprechen, können z.B. erläutert werden:

- Die Produktivität ist in Deutschland in den vergangenen Jahren stetig gestiegen; dies wird anhand der Arbeitsproduktivität sichtbar, welche als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person oder je geleistete Erwerbstätigenstunde berechnet wird.
- Auch gibt es im Vergleich zum europäischen Ausland wenig Streiktage, sodass eine verlässliche Produktion gewährleistet werden kann.
- Für ausländische Unternehmen ist Deutschland als Wirtschaftsstandort besonders aufgrund der renommierten Forschung und Entwicklung attraktiv.
- Weiterhin gehören zu den Standortfaktoren, die für Deutschland als Wirtschaftsstandort sprechen, die zentrale Lage innerhalb Europas und das gut ausgebaute Verkehrsnetz.
- Mit Deutschland werden häufig Zuverlässigkeit und Qualität verbunden, welches sich in dem Qualitätssiegel „made in Germany“ widerspiegelt.
- Nicht zuletzt verfügt Deutschland über sehr gut ausgebildete Arbeitskräfte, bietet einen hohen Lebensstandard und politische sowie rechtliche Sicherheit.
- Hinzu kommen das Bedürfnis nach persönlicher Sicherheit und die in der Bevölkerung vorherrschenden Fremdsprachenkenntnisse.
- Des Weiteren versucht die deutsche Politik durch gezielte Maßnahmen, den Wirtschaftsstandort Deutschland weiterhin auch für Unternehmen attraktiv zu halten. So gibt es beispielsweise immer wieder Steuererleichterungen für Unternehmen, um so deren Abwanderung und Verlagerung der Arbeitsplätze ins Ausland zu verhindern und um ausländische Firmenniederlassungen zu fördern. Als Beispiele können hier die Firmenniederlassung des Chipherstellers Intel oder die Werksgründung von Tesla in Brandenburg angeführt werden.

Folgende Standortfaktoren, die gegen Deutschland als Wirtschaftsstandort sprechen, können z.B. erläutert werden:

- Die Steuern sind im europäischen Vergleich hoch, ebenso wie die Arbeitskosten.
- Die hohen Energiekosten stellen zudem einen Wettbewerbsnachteil dar.
- Auch die deutsche Bürokratie und damit einhergehend die relativ langen Genehmigungsverfahren können ein Problem darstellen.
- Zudem sind im Vergleich zu vielen anderen Ländern weltweit in Deutschland die Wochenarbeitszeiten geringer, was in Kombination mit zunehmendem Fachkräftemangel ein Nachteil sein kann.
- Auch die gesetzlichen Arbeitnehmerrechte können den Standort Deutschland unattraktiv machen. Hinzu kommen hohe Umwelt- (z.B. Gewässerschutz) und Arbeitsschutzauflagen (z.B. Arbeitsschutzmaßnahmen).

Aufgabe 4

Die Autoren propagieren eine strikt angebotsorientierte Wirtschaftspolitik. Sie fordern eine Bekämpfung der Inflation durch eine restriktive Geldpolitik, eine Fiskalpolitik, die den Wohlstandsverlust der Bürgerinnen und Bürger nicht auffängt. Zudem müssen zum einen gesetzliche Vorgaben für den Standort Deutschland kritisch geprüft und abgebaut werden, zum anderen weitere Freihandelsabkommen abgeschlossen werden. Des Weiteren soll die Finanzpolitik dafür sorgen, dass die steuerlichen Abgaben der Unternehmen gesenkt werden.

Für die Forderungen der Autoren können z.B. folgende Argumente angeführt werden:

- Wenn ein Angebotsrückgang die Ursache für einen Preisniveauanstieg im Inland ist, sollten wirtschaftspolitische Maßnahmen eine Erhöhung des Güterangebots anstreben. Dies lässt sich durch einen Ausbau der Produktionskapazitäten einer Volkswirtschaft erreichen. Dafür ist es erforderlich, die Quantität und/oder die Qualität der Produktionsfaktoren zu erhöhen.
- In Krisenzeiten muss die Bevölkerung einen Wohlstandsverlust hinnehmen, dafür stabilisiert sich die Wirtschaft und im Nachgang kann der Wohlstand wieder steigen. Nur die aktuellen Härten für Unternehmen und private Haushalte lassen sich abfedern; die aktuellen Wohlstandsverluste lassen sich hingegen nicht vollständig und nicht für alle kompensieren.
- In Deutschland sind viele Bereiche überreguliert und somit dauern bestimmte Prozesse zu lange. Das Beispiel des Baus der Flüssiggasterminals zeigt jedoch, dass auch bei einem verkürzten Genehmigungsverfahren effektiv gebaut werden kann.
- Die bisherigen Freihandelsabkommen haben die geäußerten Befürchtungen bezüglich negativer Auswirkungen nicht wahr werden lassen. Die teilnehmenden Staaten und Unternehmen haben davon profitiert und somit auch die Bürgerinnen und Bürger.
- Durch die ansteigenden Produktionszahlen lassen sich Vorteile und Rationalisierungen in der Produktion generieren, die zu einem weiteren Wettbewerbsvorteil führen können.
- Durch den Wegfall der Zölle werden die importierten Waren preiswerter. Die exportierten Waren haben auf den neuen Märkten bzw. in den Freihandelszonen mehr Durchsetzungschancen nicht zuletzt aufgrund der reduzierten Preise.
- Schon in früheren Zeiten gab es hohe Inflationsraten, die erfolgreich mit einer restriktiven Geldpolitik bekämpft wurden.

Gegen die Forderungen der Autoren können z.B. folgende Argumente angeführt werden:

- Eine restriktive Geldpolitik kann das Wirtschaftswachstum verlangsamen, was zu einer höheren Arbeitslosigkeit und zu einer geringeren Wirtschaftsleistung führen kann.
- Auch die Staatsschulden können zunehmen, da bei einer restriktiven Geldpolitik die Regierung höhere Zinsen für ihre Schulden zahlen muss.
- Gerade die Bevölkerung sorgt mit ihrer hohen Nachfrage dafür, dass die Wirtschaft wachsen kann.
- Es kann die Gefahr bestehen, dass sich zunehmend Industrien in wirtschaftlich schwächeren Staaten ansiedeln, die in der Freihandelszone liegen. Das hat einerseits zur Folge, dass durch den Druck, möglichst günstig Güter für den Export herstellen zu müssen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter schlechten Arbeitsbedingungen leiden. Andererseits werden durch diese Verlagerung der Arbeit die Arbeitsplätze in den wirtschaftlich stärker entwickelten Staaten bedroht, da

- die Lohnkosten in wirtschaftlich schwächer entwickelten Ländern deutlich geringer sind. Diesem Nachteil kann jedoch durch einen regelbasierten Freihandel entgegengewirkt werden.
- Die soziale Gerechtigkeit erfordert einen Eingriff des Staates in das Marktgeschehen, um massive Ungerechtigkeiten auszugleichen.

Die Auseinandersetzung soll zu einer schlüssig begründeten Bewertung führen.

III Bewertung und Beurteilung

Die Bewertung und Beurteilung erfolgt unter Beachtung der nachfolgenden Vorgaben nach § 33 der Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO) in der jeweils geltenden Fassung. Bei der Bewertung und Beurteilung der sprachlichen Richtigkeit in der deutschen Sprache sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 12 Satz 3 OAVO in Verbindung mit Anlage 9b anzuwenden.

Der Fehlerindex ist nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO zu berechnen. Für die Ermittlung der Punkte nach Anlage 9a zu § 9 Abs. 12 OAVO bzw. des Abzugs nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO wird jeweils der ganzzahlige nicht gerundete Prozentsatz bzw. Fehlerindex zugrunde gelegt.

Darüber hinaus sind die Vorgaben der Erlasse „Hinweise zur Vorbereitung auf die schriftlichen Abiturprüfungen (Abiturerlass)“ und „Durchführungsbestimmungen zum Landesabitur“ in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung zu beachten.

Als Kriterien für die Bewertung und Beurteilung dienen unter Beachtung der Zielsetzung der gymnasialen Oberstufe nach § 1 Abs. 2 OAVO neben dem Inhaltlichen auch die in den Kerncurricula genannten überfachlichen Kompetenzen, insbesondere die Sprachkompetenz und Wissenschaftspropädeutik; dies zeigt sich u.a. in qualitativen Merkmalen wie Strukturierung, Differenziertheit, (fach-)sprachlicher Gestaltung und Schlüssigkeit der Argumentation.

Eine Leistung ist mit **„ausreichend“ (5 Punkten)** zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen grundsätzlich nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text in Grundzügen zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- ansatzweise die angebotsorientierte und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik gegenübergestellt werden,

Aufgabe 3

- in Ansätzen die Standortfaktoren, die Deutschland als Wirtschaftsstandort ausmachen, erläutert werden,

Aufgabe 4

- sich mit den wesentlichen wirtschaftspolitischen Forderungen der Autoren ansatzweise auseinandergesetzt wird und
- eine eigene Bewertung in Grundzügen erkennbar und begründet ist.

Eine Leistung ist mit „gut“ (11 Punkten) zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen weitgehend nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text strukturiert zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- umfassend und differenziert die angebotsorientierte und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik gegenübergestellt werden,

Aufgabe 3

- fundiert und differenziert die Standortfaktoren, die Deutschland als Wirtschaftsstandort ausmachen, erläutert werden,

Aufgabe 4

- sich mit den wesentlichen wirtschaftspolitischen Forderung der Autoren differenziert auseinandergesetzt wird und
- eine eigene Bewertung deutlich erkennbar und schlüssig begründet ist.

Gewichtung der Aufgaben und Zuordnung der Bewertungseinheiten zu den Anforderungsbereichen

Aufgabe	Bewertungseinheiten in den Anforderungsbereichen			Summe
	AFB I	AFB II	AFB III	
1	25			25
2	5	25		30
3		20		20
4			25	25
Summe	30	45	25	100

Die auf die Anforderungsbereiche verteilten Bewertungseinheiten innerhalb der Aufgaben sind als Richtwerte zu verstehen.